

**Protokoll**  
**der Sitzung des Denkkreises „Funktionsfähigkeit der Gesellschaft“**  
**am Donnerstag, 25. Juni 2009 von 10.30 bis 16.30 Uhr**  
**im Wissenschaftszentrum Bonn**

---

Anwesende

Denkkreismitglieder:

Prof. Dr. Brigitte Geißel  
Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft

Alois Glück  
ehemaliger Präsident des Bayerischen Landtags, Traunstein

Prof. Dr. Hans Peter Grüner  
Universität Mannheim, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik

Dr. Friedrich Hinterberger  
Präsident des Sustainable Europe Research Institute (SERI), Wien

Prof. Dr. Ursula Pia Jauch  
Universität Zürich, Philosophisches Seminar

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter  
Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Denkwerk Zukunft:

Prof. Dr. Meinhard Miegel  
Vorstandsvorsitzender des Denkwerks Zukunft

Stefanie Wahl  
Geschäftsführung, Bonn

Martin Schulte  
Wissenschaftler, Bonn (Protokoll)

## **Wichtige Ergebnisse**

- Vieles spricht dafür, dass die Zustimmung zur Demokratie maßgeblich von materiellen Wohlstandssteigerungen in Verbindung mit individuellen Selbstverwirklichungsrechten abhängt. Politik legitimiert sich dadurch, beides zu gewährleisten. Bleiben Wohlstandssteigerungen aus, dürfte die Zufriedenheit mit der demokratischen Ordnung auch bei weiterhin bestehenden Freiheitsrechten abnehmen.
- Neben der absoluten Höhe des materiellen Wohlstands bemisst sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie danach, ob sie das Gefühl haben, dass der materielle Wohlstand einigermaßen gerecht verteilt ist, sie vor materiellen Unsicherheiten geschützt sind und/oder für sie die Möglichkeit besteht, durch eigene Anstrengungen sozial aufzusteigen.
- Die Bedeutung der einzelnen Faktoren variiert in Abhängigkeit von Mentalitäten und kulturellen Prägungen. Während beispielsweise Skandinavier und Deutsche eher eine geringe Einkommensungleichheit als gerecht empfinden, legen Amerikaner und Schweizer mehr Wert darauf, dass Einkommen auch individuelle Erfolge und Leistungsunterschiede widerspiegeln.
- Im Falle eines langfristig rückläufigen Wirtschaftswachstums dürften in allen westlichen Industrieländern Gerechtigkeit, Sicherheit und soziale Aufstiegschancen für die Legitimation von Politik und Demokratie noch wichtiger werden. Anders als bisher kann die Politik allerdings Konflikte, die zwischen diesen Zielen bestehen, nicht mehr durch zusätzliches Wirtschaftswachstum entschärfen. Folglich spricht vieles dafür, dass das Risiko gesellschaftlicher und politischer Instabilität zunimmt.
- Um dies zu vermeiden, müssen etwaige materielle Verluste einigermaßen gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt werden. Insbesondere müssen ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die Zunahme unverhältnismäßig ungleicher Arbeits- und Lebensbedingungen vermieden werden. Dies setzt voraus, dass bisher privilegierte Bevölkerungsteile („Insider“) bestehende Ansprüche und Besitzstände zugunsten anderer Bevölkerungsgruppen („Outsider“) zurücknehmen.
- Hierfür sind tief greifende Veränderungen der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung sowie von Sicht- und Verhaltensweisen erforderlich. Dazu müssen Politik – auch unter Hinnahme des Risikos, abgewählt zu werden –, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen beitragen.

## **Einführung**

Einleitend erläutert Professor Miegel Ausgangsthese und Aufgabenstellung des Denkkreises „Funktionsfähigkeit“:

Die Bevölkerungen der westlichen Industrieländer haben individuelle und kollektive Zufriedenheit sowie Stabilität und Funktionsfähigkeit der gesellschaftlichen Systeme von einer ständig wachsenden Wirtschaft abhängig gemacht. Künftig dürfte der materielle Wohlstand stagnieren oder sogar zurückgehen. Dies könnte bei gegenwärtigen Sicht- und Verhaltensweisen zu heftigen Reaktionen führen – bis hin zur Infragestellung der freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Der Denkkreis „Funktionsfähigkeit“ soll Risiken identifizieren und (praxisorientierte) Lösungsvorschläge entwickeln, wie die westlichen Gesellschaften auch bei sinkendem materiellem Wohlstand funktionsfähig bleiben können.

## **Diskussion**

### ***Wie wichtig ist materieller Wohlstand für die Menschen in den westlichen Industrieländern?***

Die Bevölkerungen der westlichen Industrieländer haben eine hohe materielle Orientierung. Dies zeigt sich u.a. darin, dass

- Konsum im Leben der Menschen eine zentrale Rolle einnimmt. Shopping wird in Umfragen als Hobby/Freizeitbeschäftigung genannt.
- Status, Zugehörigkeit, Identität maßgeblich über Einkommen, Besitz und Konsumgüter wie schnelle Autos, teure Markenjeans etc. demonstriert werden (Titel, soziale Funktionen, Talent spielen nur eine untergeordnete Rolle).
- metaphysische Sinnquellen wie Religion, Nation, Altruismus keine große Bedeutung mehr haben.
- nahezu alle gesellschaftlichen Alimentierungssysteme auf finanzieller Entlohnung/Zuwendung basieren.
- Ludwig Erhard in dem Moment unpopulär wurde, als er zum Maß halten aufforderte.

Zwar gibt es auch Anzeichen für einen Bewusstseinswandel. So legen immer mehr Menschen Wert auf kürzere Arbeitszeiten, Familie, Ökologie, Nachhaltigkeit etc. Dies trifft aber vor allem auf Bevölkerungsgruppen zu, die materiell besser gestellt sind. Ihr tatsächlich geübter Verzicht ist gering und „tut nicht weh“. Materiell schlechter gestellte Bevölkerungsschichten orientieren sich hingegen weiter an tradierten Konsum- und Statusmustern.

### ***Warum haben die Bevölkerungen der westlichen Industrieländer diese materielle Orientierung?***

Nach Ansicht der Teilnehmer hat sich die materielle Prägung über einen langen Zeitraum – mit enormer Beschleunigung seit Mitte des letzten Jahrhunderts – durch eine Verkettung von Ursachen, die sich wechselseitig verstärkt haben, herausgebildet. Als mögliche Gründe werden genannt:

- Ablasshandel, frühe Materialisierung des Seelenheils
- Protestantische Ethik (Rechenhaftigkeit/Gottgefälliges Wirtschaften).
- Erlangung von Status nicht mehr durch Geburt, sondern durch individuelle Leistung, die sich materiell ausdrückt. Hierdurch eröffnet sich jedem die Chance auf sozialen Aufstieg.

- Überwindung materieller Not hat zu fortschreitender Säkularisierung geführt („Not lehrt Beten“). Sinnquellen wie Religion und Nation haben durch die Erfahrung von Wohlstand und individueller Freiheit an Bedeutung verloren. Je schwächer diese wurden, desto wichtiger wurden wiederum materielle Güter.
- Zunehmende individuelle und kollektive Erfahrungen materieller Wohlstandssteigerungen – insbesondere seit den 1950er Jahren – haben zu immer neuen Ansprüchen geführt.
- Bestärkt wurden die Bürger in ihrer Anspruchshaltung durch das ständige politische Versprechen weiteren Wirtschaftswachstums/materieller Umverteilung.
- Der materielle Erfolg hat Institutionen geschaffen, deren Zweck die Schaffung von materiellem Wohlstand und Teilhabe ist. Um ihre Existenz zu rechtfertigen, schaffen diese Institutionen wiederum immer neue materielle Ansprüche (kumulierender Prozess).
- Parallel zum materiellen Wohlstand verbesserten sich für breite Bevölkerungsschichten auch die immateriellen Lebensbedingungen wie Bildungschancen, Gesundheit, Lebenserwartung, Freiheitsrechte und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten. Materieller und gesellschaftlicher Fortschritt werden als Einheit betrachtet.

***Wie legitimiert sich Demokratie/Politik bei einer sich kontinuierlich abschwächenden Wirtschaftsentwicklung?***

Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform hängt maßgeblich von der Gewährung individueller Freiheiten/Selbstverwirklichungsrechte in Verbindung mit materiellen Wohlstandssteigerungen ab. Politik legitimiert sich dadurch, dies zu gewährleisten. Hierfür spricht u.a., dass

- die Zustimmung zu Demokratie laut Umfragen mit der Konjunktur schwankt.
- die Demokratiezufriedenheit in Ost- im Vergleich zu Westdeutschland auch wegen des niedrigeren materiellen Wohlstandsniveaus geringer sein dürfte.
- Fallstudien zufolge die Zufriedenheit von Bürgern mit Kommunalpolitikern fast ausschließlich von ihrer individuellen wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Andere Faktoren wie Professionalität, gesunde Kommunalfinanzen, Gemeinwohlorientierung etc. spielen keine Rolle.

Folglich würden Demokratie und Politik bei einem rückläufigen Wirtschaftswachstum eine ihrer zentralen Legitimationsquellen verlieren. Allerdings hängt die Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System und ihren Vertretern nicht nur von der absoluten Höhe des materiellen Wohlstands ab. Mindestens ebenso wichtig ist das Empfinden, dass

- jeder einen gerechten Anteil an der ökonomischen Wertschöpfung erhält (Fairness/Gerechtigkeit),
- man vor materiellen Ungewissheiten/Unsicherheiten – z.B. durch Arbeitslosigkeit – weitgehend geschützt ist (Sicherheit),

- sozial-ökonomische Aufstiegschancen bestehen (Mobilität),
- es Fortschritt in nicht-materiellen Lebensbereichen gibt.

Was als fair, sicher und durchlässig angesehen wird, hängt stark von Mentalitäten und kulturellen Prägungen ab. Fair kann bedeuten, dass die Einkommen entweder gleich verteilt sind oder individuelle Leistungsunterschiede widerspiegeln. Während Skandinavier und Deutsche eher zu ersterem tendieren, neigen US-Amerikaner und Schweizer eher zu letzterem. Auch legen Deutsche und Skandinavier mehr Wert auf Sicherheit, während US-Amerikaner und Schweizer gesellschaftliche Durchlässigkeit bevorzugen („Wer an Aufstieg glaubt, verlangt weniger Umverteilung“).

Insgesamt dürften bei einem rückläufigen Wirtschaftswachstum Gerechtigkeit, Sicherheit und soziale Durchlässigkeit für die Legitimation von Politik/Demokratie immer wichtiger werden. Anders als bisher kann die Politik dabei allerdings Zielkonflikte, die zwischen diesen Bedürfnissen bestehen, nicht mehr durch zusätzliches Wirtschaftswachstum entschärfen.

***Wie dürfte sich ein langsamer aber stetiger Rückgang des BIP – z.B. 10 Prozent in 10 Jahren – auf die Stabilität von Politik und Gesellschaft auswirken?***

Drei Basisszenarien sind denkbar:

1. Der Rückgang des Wachstums geht einseitig zulasten höherer Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote steigt grob geschätzt auf 15 Prozent, die Leistungen an Arbeitslosenhaushalte werden gekürzt, um Steuer- und Beitragszahler nicht zusätzlich zu belasten. Die Einkommen aller übrigen Haushalte bleiben unverändert.

In diesem Szenario würden das Gerechtigkeitsempfinden der Arbeitslosen sowie das Sicherheitsbedürfnis der von Arbeitslosigkeit Bedrohten massiv verletzt. Aufgrund der relativ großen Zahl der Betroffenen könnte dies den Bestand des demokratischen Systems gefährden („Opferrolle als Nährboden für Radikalisierung“). Zwar wird eine Arbeitslosenquote in dieser Höhe bereits seit geraumer Zeit in vielen ostdeutschen Bundesländern erreicht oder sogar überschritten. Bisher galt dies aber unter Bedingungen hoher materieller Alimentierung. Zudem zeigen die geringe Zustimmung zur Demokratie in Ostdeutschland, der hohe Nicht-Wähler-Anteil, die Erfolge der Linkspartei, die zumindest in Teilen das bestehende System ablehnt, sowie die Persistenz rechtsradikaler Gruppierungen, dass sich hier bereits Teile der Bevölkerung von der freiheitlich-demokratischen Ordnung abwenden.

2. Alle Einkünfte aus Arbeit, Kapital und sozialen Transfers sinken gleichmäßig um 10 Prozent. Die Arbeitslosenquote bleibt unverändert. In diesem Szenario dürften alle gesellschaftlichen Systeme weitgehend unbeschadet funktionsfähig bleiben.

3. Die geringere Wirtschaftsleistung wird durch eine entsprechende Senkung der Staatsquote aufgefangen. Gelänge es, dies weitgehend durch Effizienzsteigerungen zu realisieren, so dass der öffentliche Sektor weiterhin die gleichen Leistungen wie bisher bereitstellt, wäre dies unbedenklich für den Bestand des politischen Systems. Werden die Einsparungen hingegen vor allem durch Leistungskürzungen bei Rentnern, Arbeitslosen, Krankenversicherten und/oder den Beschäftigten im öffentlichen Dienst verwirklicht, sind ebenfalls systemgefährdende Entwicklungen vorstellbar.

### ***Welches Szenario dürfte am wahrscheinlichsten sein?***

Vieles spricht dafür, dass Szenario 1 (gegebenenfalls ergänzt von Elementen der Szenarien 2 und 3) am wahrscheinlichsten ist. In der Vergangenheit haben ökonomische Schocks immer zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und so gut wie nie zu (gleichmäßig) sinkenden Löhnen und Kapitaleinkommen geführt. Gerade bei einem dauerhaften wirtschaftlichen Rückgang wird die Mehrheit der Bevölkerung („Insider“) versuchen, bestehende Ansprüche und Privilegien wie Kündigungsschutz, Tarifbedingungen, Rentenhöhe etc. auch auf Kosten anderer („Outsider“) zu verteidigen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die gesetzliche „Rentengarantie“, wonach die Renten auch bei sinkenden Löhnen nicht gekürzt werden dürfen. Im Vergleich hierzu käme insbesondere Szenario 2 einem grundlegenden Paradigmenwechsel gleich.

### ***Wie können gesellschaftliche und politische Stabilität bei einem rückläufigen Wirtschaftswachstum gewährleistet werden?***

Die Herausforderung besteht darin, Szenario 2 und/oder 3 Wirklichkeit werden zu lassen. Voraussetzungen hierfür sind:

#### *Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung*

Dieser kann nicht alleine von der Politik durchgesetzt werden. Vielmehr handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe:

- Politik: Muss die Rahmenbedingungen so verändern, dass Arbeitslosigkeit vermieden, sozialer Aufstieg ermöglicht, die öffentliche Hand effizienter wird und in der Bevölkerung keine neuen materiellen Ansprüche gegenüber dem Staat entstehen („Zwang zu ordnungspolitischen Denken“). Hierfür muss die Politik aktiv nach Lösungen suchen und sich für diese – auch unter Hinnahme von Wahlniederlagen – einsetzen. Gegenwärtig hat sich die Politik vollkommen vom Prozess gesellschaftlicher Problemlösung zurückgezogen. Deshalb ist sie auch nicht in der Lage, der Gesellschaft Orientierung zu geben.
- Wissenschaft: Muss realisierbare Lösungen für eine „Welt ohne quantitatives Wirtschaftswachstum“ entwickeln. Wie lassen sich beispielsweise Einkommensverluste gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilen? Wie kann bei einem dauerhaften Rückgang des BIP ein Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden (z.B. allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich). Wie wird sich das Verhältnis von Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen entwickeln? Wie können Insider für den Verzicht auf Privilegien kompensiert werden (z.B. Steuererleichterungen gegen eine flexible Tarifpolitik und weniger Kündigungsschutz)?

- Zivilgesellschaft und Führungseliten: Müssen diese Ideen aufgreifen und in die Politik „transportieren“. Die Politik ist aus sich heraus nicht innovationsfähig. Sie kann aber Lösungen von außen aufnehmen und umsetzen. Zudem müssen zivilgesellschaftliche Akteure die Politik unterstützen, um die Bevölkerung von notwendigen Veränderungen zu überzeugen. Hierfür müssen sie insbesondere über die inneren Widersprüche bestehender Strukturen und Verhaltensweisen aufklären. Führungseliten müssen als Vorbilder fungieren.
- Bürger/Wähler: Müssen der Politik das Mandat für grundlegende Veränderungen, insbesondere auch für Einschnitte in bestehende Privilegien erteilen. Hierfür müssen sie ihre materielle Anspruchserwartung an den Staat senken.
- Interessengruppen: Müssen Partikular- gegenüber Gemeinwohlinteressen zurückstellen. Z.B. Tarifverhandlungen auch zu Gunsten Arbeitsloser und nicht nur der Arbeitsplatzbesitzer.

#### *Wandel von Denk-, Sicht- und Verhaltensweisen*

Damit ein Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung in diesem Sinne gelingen kann, müssen sich die Denk-, Sicht- und Verhaltensweisen der Menschen in den westlichen Industrieländern grundsätzlich ändern:

Neue gesellschaftliche Leitbilder:

Gegenwärtig dominierende Leitbilder sind materieller Wohlstand, Konsum und (ungehemmte) Selbstverwirklichung („Alle Möglichkeiten für mich, die Risiken tragen die anderen“). Dies wird (mehr oder weniger) von allen Menschen in den westlichen Gesellschaften angestrebt. Sie gelten als wichtige Quellen von Status und gutem Leben. Bei rückläufigem Wirtschaftswachstum müssen diese Leitbilder abgelöst werden („Was ist das gute Leben?“).

Moralisch-ethische Fundierung:

Um Wirtschaftswachstum und Selbstverwirklichung (um jeden Preis) zu erreichen, wurden moralische Fundierungen zunehmend aufgegeben: Was Wirtschaftswachstum schafft, ist ethisch vertretbar. Was Selbstverwirklichung begrenzt, muss beseitigt werden. Die Verantwortung für individuelle (gerade auch selbst verantwortete) Lebensrisiken trägt das Kollektiv. Künftig müssen Normen und Werte wieder stärker in den Mittelpunkt und die Reziprozität von Rechten und Pflichten wieder hergestellt werden. Das gilt umso mehr, wenn materielle Ressourcen immer knapper werden.

Ganzheitliches Denken und Handeln:

Durch die Fokussierung auf wirtschaftliches Wachstum und individuelle Selbstverwirklichung ist aus dem Blick geraten, dass darunter auch Umwelt, soziale Beziehungen, gesellschaftlicher Zusammenhalt usw. leiden. Es wurde gewissermaßen nur die Haben-, nicht auch die Sollseite der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Künftig müssen beide Seiten gesehen, d.h. Bilanzen gezogen werden.

Begriffe mit Inhalt füllen:

Begriffe wie Wirtschaftswachstum, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Selbstverwirklichung sind zunehmend inhaltsleer. Wirtschaftswachstum wird automatisch mit Wohlstand, Fortschritt und Dynamik gleichgesetzt, ohne zu prüfen, ob dieser Zusammenhang, so er denn jemals bestanden hat, noch existiert. Begriffe wie Gerechtigkeit und Sicherheit sind entkoppelt von Kategorien wie Leistung, Neid, individuellen Fähigkeiten etc. Wir meinen uns selbst zu verwirklichen, ohne zu erkennen, dass wir uns immer stärker von kollektiven Systemen und äußeren Zwängen abhängig machen („Fixe Ideen“).

*Veränderungen nur unter hohem Leidensdruck*

Die Wahrscheinlichkeit, dass es in absehbarer Zeit zu einem grundlegenden Wandel der Sicht- und Verhaltensweisen sowie einem Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung kommt, wird von den Teilnehmern als eher gering eingeschätzt. Tradierte Denkmuster und Strukturen ändern sich in der Regel erst unter hohem Leidensdruck. Dieser ist in breiten Bevölkerungsschichten (noch) nicht groß genug. Reformgegner, Besitzstandswahrer, Interessenvertreter haben hierdurch leichtes Spiel, Veränderungen abzuwehren. Allerdings könnte der Leidensdruck infolge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise in den kommenden Jahren stark zunehmen. Insbesondere wird die hohe Staatsverschuldung zu massiven Leistungseinschnitten und Abgabenerhöhungen zwingen.

Wenn der Leidensdruck in Politik und Gesellschaft groß genug für Veränderungen ist, wird derjenige die Entwicklung bestimmen, der durchdachte Lösungsvorschläge und Angebote geben kann. Hierin liegt eine zentrale Aufgabe des Denkkwerks Zukunft resp. des Denkkreises „Funktionsfähigkeit“.